

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 11

Artikel: Die Überlebenden werden die Toten beneiden
Autor: Stange, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653488>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

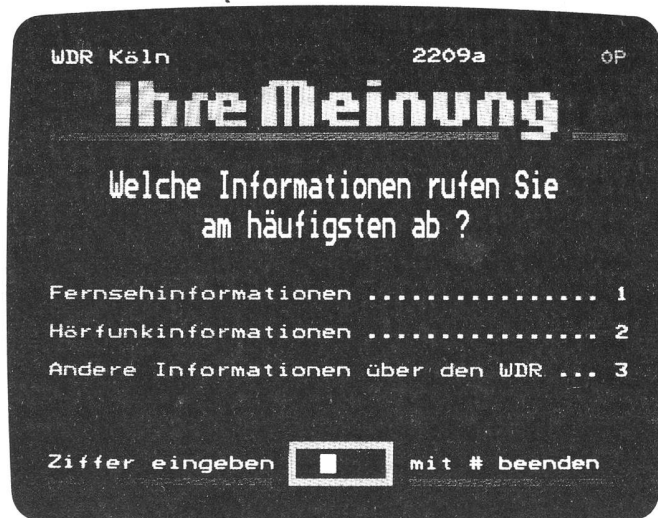
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schwärmern ganz neue Wege eröffnet werden, dürften sicherlich eher bei den letzten sein, die in den Genuß des freien Zugangs zum rechteckigen Bürgerbewußtsein kommen.

Ich bin unsicher, ob Resignation oder Aggression die passende Antwort sein kann. Kleine Ungereimtheiten in den Systemen lassen Widersprüche zwischen den Vorstellungen der Betreiber und ihrer tatsächlichen Realisierbarkeit auftauchen. Beispielsweise braucht man im Videotext rund zehnmals soviel Zeit, um eine winzige Nachricht auf den Bildschirm zu bekommen wie zum Lesen selbst. Ein Überblick wie in der Zeitung wird zur Tortur. Auch die sonst so massenfreundliche Stiftung Warentest hat Kritik am Bildschirmtext. Der Bundesminister für Forschung und Technologie fördert ihr Projekt „Telekommunikation“, das schon jetzt in der Lage ist, Informationen zu den Themen „Wäschepflege“ und „Gebrauchtwagenkauf“ in einem „Interaktiven Verbraucherinformations-Service“ mithilfe von Bildplattenspeichern wesentlich effizienter an den Interessierten zu bringen als mit der simplen Seitenwahl im System der Bundespost. Sie veranstaltet sogar ein Plebiszit in Fragen der neuen Medien, an denen leider nur unsere Berliner Leser teilnehmen können („Insbesondere zu den Themen *Wäschepflege und Reklamationen werden Besucher gefragt*“). Teletours („Mit Tastendruck ins Urlaubsparadies“) muß den menschlichen Körper immer noch irgendwohin außer Haus befördern, statt ihn, vielleicht durch eine spezielle Bildschirmkonstruktion, daheim gegen Bezahlung zu bräunen. Der von gewissen Leuten als „links“ verschrieene Westdeutsche Rundfunk interessiert sich für das Urteil seiner Zuschauer: Verbraucherdemokratie wie bei Omo und Persil (s. Abb.).



Schließlich können Sie auch Ihre Meinung äußern. Auf der Seite *2209 ist ein Fragenkatalog aufgestellt, mit dessen Hilfe Ihre Vorstellungen zu unserem Btx-Angebot erfaßt und berücksichtigt werden sollen. (Originalton WDR)

Einen kleinen Rest schlechten Gewissens scheinen sich die Rundfunk- und Fernsehleute jedoch nicht verkneifen zu können. Parallel zur Funkausstellung gab es einige Sendungen, in denen über Medienkritik und -perspektiven diskutiert wurde. Dort durften z.B. Robert Jungk, Jost Herbig, Otto Schily und Jörg Zink sich reichlich über unterschlagende und manipulierende Berichterstattung aus Naturwissenschaft und Technik auslassen und Alternativen fordern. Die Konsequenz für die WW wird jedoch sein, daß wir dies angesichts der Entwicklung in den Medien zunehmend in die eigenen Hände nehmen müssen – auch wenn Papier und Vierteljahresfrist heute wie ein Anachronismus anmuten.

Rainer Stange Die Überlebenden werden die Toten beneiden

„Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“ – was eigentlich wie eine Selbstverständlichkeit klingt, wird derzeit mit großem Engagement und Aufwand in die Öffentlichkeit getragen. Die „Ärzte gegen Atomenergie“ entwickeln sich immer mehr zu einem festen Bestandteil der Friedensbewegung. Warum tun sie das erst jetzt und trotz der unbestrittenen Erfolge immer noch als ein relativ kleiner Teil der bundesdeutschen Ärzteschaft?

Die herrschende Politik hat seit geraumer Zeit mit einem Tabu gebrochen, nämlich der konkreten Vorstellung von einer nuklearen Auseinandersetzung in Mitteleuropa. Verfeinerung der Waffensysteme und Strategien, die mit Vokabeln wie „flexible Antwort“, „begrenzter Atomschlag“ und „atomare Gefechtsfeldwaffen“ umrissen werden, sollen uns mit der Vorstellung anfreunden, eine solche Auseinandersetzung sei führbar und – zumindest für einen Teil der Bevölkerung – auch überlebbar. Damit erschien aber auch wieder ein Punkt auf der Tagesordnung, der vom bundesdeutschen Militarismus lange sträflich vernachlässigt worden war, der Zivilschutz. Gesundheitsarbeiter stellen einen wichtigen Bestandteil dieser Heimatfront dar – so war es in den Weltkriegen, und so müßte es nach den Vorstellungen der Militärs auch in einem Atomkrieg sein. Seit zwei bis drei Jahren versucht man, das Gesundheitswesen für derlei Ideen zu gewinnen, notfalls zu zwingen. Es herrscht ein Boom an Veröffentlichungen, Kongressen und Fortbildungen zum Thema „Katastrophenmedizin“, der mit den verschiedensten Strategien gerechtfertigt wird. Die einschlägige Zeitschrift *Zivilverteidigung* nennt in einem Atemzug „Unwetter, Katastrophen, Überflutungen, Wirbelstürme, Großflächenbrände und Kriege“, während das *Deutsche Ärzteblatt* den Katastrophenschutz, für den es vehement eintritt, i.a. nicht weiter aufschlüsselt. Die Wissenschaft spricht hingegen eine klare Sprache. Der renommierte Verlag Urban&Schwarzenberg wirbt für sein „neuartiges Standardwerk“, *Wehrmedizin* (700 S., 198,- DM), mit vielfältigen medizinischen Belangen und Aufgaben, die „bis tief in die Katastrophenmedizin, besonders die Kernwaffenschäden und die Kriegschirurgie reichen“.

Dahinter verbirgt sich mehr als ein Formulierungsproblem, da es gilt, Ärzte und Gesundheitsarbeiter aller Berufe auf eine äußerst heikle Aufgabe vorzubereiten. Manchen Autoren ist die enge Verwandtschaft zwischen Kernenergie und Kernwaffen, zwischen militärischen und zivilen Strahlen nur recht. Denn hier ist ein Tabu bereits kurz zuvor gefallen: der Katastrophenschutz bei kerntechnischen Anlagen für breite Teile der Bevölkerung. In der frühen Phase der Kernenergiedebatte mußten die Betreiber einen solchen als unnötig hinstellen. Die Bürgerinitiativen haben schon vor Jahren geheime Katastrophenschutzpläne (für Biblis und Fessenheim) aus Behördensafes geklaut. Darauf bestritt man hartnäckig deren Existenz. In wenigen Jahren ist die „Zivilkatastrophe“ jedoch halbwegs salonfähig geworden. Der Bundesminister des Innern erließ Ende 1977 die *Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen*; eine erste, zwar sehr chaotische Übung hat 1979 in Biblis vor aller Augen stattgefunden; mittlerweile gibt es auch konkrete Überlegungen für die Massenversorgung von Strahlenopfern. Das ehemals „Undenkbare“ ist zumindest mit behördlichem Maßstab planbar geworden. Der ministerielle Sprachgebrauch unterscheidet jedoch peinlich genau zwischen friedlichem und kriegerischem Desaster.

In der konkreten Vorbereitung der Ärzte, in Veröffentlichungen

und auf Fortbildungen, wird, wie gesagt, wesentlich pragmatischer vorgegangen und das Gemeinsame betont. Der „kleine Unterschied“ besteht dann in der zusätzlichen thermischen und dynamischen Wirkung der Atomwaffen. Von der Physik her scheint diese Auffassung einerseits gerechtfertigt, andererseits würde selbst unter den gegebenen Verhältnissen eine massive Konfrontation der Ärzte mit der Perspektive des Atomkriegs als wichtigster Katastrophe Widerstand hervorrufen. Die kommerzielle Kernenergie bietet sich schließlich auch hier als trojanisches Pferd der Kriegsführung an.

Auf der juristischen Ebene besteht bislang noch kein Mittel, um Ärzte und andere Gesundheitsberufe zur Mitarbeit bei der Katastrophenplanung zu zwingen. Dies soll nun mit dem *Gesundheitssicherstellungsgesetz* geliefert werden. Seit geraumer Zeit liegt ein Referentenentwurf hierzu vor, der im Sinne der Notstandsgesetze die Zwangsrekrutierung aller Gesundheitsarbeiter im Verteidigungsfall sowie die Vorbereitung hierauf in Friedenszeiten legalisieren soll.

Widerstand gegen die Militarisierung

Gegen diese schleichende Militarisierung einer ganzen Gruppe von Berufen, der eigentlich der Schutz von Leben und Gesundheit übertragen wurde, regt sich nun seit etwa zwei Jahren Widerstand. Dabei mußten die zahlreichen Initiativen und Individuen, die unter dem Namen „Ärzte gegen Atomenergie“ mittlerweile in vielen Städten und Gegenden arbeiten, von einer Situation ausgehen, die zwar in manchen mit anderen Berufsgruppen vergleichbar ist, bei den Ärzten jedoch eine gewisse Extremform annimmt: ein gut durchorganisierter, sich als Elite verstehender Stand mit einer ungebrochenen Tradition, die unter allen Vorzeichen politischer Herrschaft ihr Arrangement, bzw. aktive Mitarbeit, praktiziert hat. Die Rolle der Ärzte im Dritten Reich ist erst in den letzten Jahren wieder ein wenig ins Licht gerückt, während die Standespolitik das heikle Thema immer noch zu umgehen versteht. Die beiden Weltkriege wären ohne ein zuverlässiges Sanitätskorps nicht zu führen gewesen, die Chirurgie ist immer noch für die wertvollen Erfahrungen in der Behandlung Kriegsverletzter dankbar. Einzig auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, Ende der 50er Jahre, setzten sich die Reste einer humanistischen Tradition unter den Ärzten durch, als sie Aufrufe gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik für einen Teil der Ärzteschaft formulierten. Doch hieran läßt sich heute nicht mehr anknüpfen, von wenigen Ausnahmen abgesehen besteht die neue Bewegung unter den Ärzten aus der Nachkriegsgeneration.

Bezeichnenderweise haben die meisten Aktiven zunächst über kommerzielle Kernenergie gearbeitet und ihr Selbstverständnis aus der Gesundheitsbedrohung der dort entstehenden Radioaktivität abgeleitet. In dem Maße, wie sie die zunehmende Einplanung in die militärischen Strategien durchschauten, aber auch wie die Friedensbewegung die zunehmende Kriegsgefahr beschwor, haben sich mittlerweile die meisten auf die Verhinderung des Atomkrieges konzentriert. In der Öffentlichkeitsarbeit haben dabei Argumente des Gesundheitsschutzes Vorrang. Sie wurden durch den Kongreß *Die Lebenden werden die Toten beneiden*, der am 19./20. September in Hamburg stattfand, zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Hamburger Kongreß

Die Ärzte ließen sich dort auf ein konkretes und detailreiches Szenario des Bombenabwurfs über dichtbesiedeltem Gebiet

ein. Vor allem in England und den USA gibt es eine Reihe von Wissenschaftlern, die sich seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen und reichlich darüber publizieren. Man mag dies für pervers halten, aber schon wenige Elemente aus diesem Szenario illustrieren die Absurdität medizinischer Hilfe angesichts der Zahl der Opfer und der Zerstörung aller entsprechenden Einrichtungen. Eine weitere Argumentation widerlegt den Wust medizinischer Ideologie, der sich um die grundsätzliche Behandlungsmöglichkeit schwerer Strahlenschäden sowie die Abschätzung der Strahlendosis gebildet hat. Der Gesundheitsbetrieb muß zudem gegenüber Friedenszeiten mit einem völlig neuen Behandlungsgrundsatz antreten: Wichtigstes Ziel ist es, möglichst viele Opfer mit mittleren Verletzungen zu retten, die Schwerverletzten bzw. tödlich Bestrahlten müssen ihr schmerzvolles Ende ohne medizinische Hilfe erreichen.

Aber auch ganz neue Aspekte tauchten in Hamburg auf: psychologische Aufrüstung und die Wehrpsychiatrie, die z.B. Panikreaktionen präventiv ausmerzen sollen. Ihre Protagonisten versuchen, eine in der Bundeswehr längst angelaufene Entwicklung auf den Zivildesektor zu übertragen: Kriegsführung als wissenschaftlich-technisches Geschäft. Die kleinen und großen zu erwartenden Katastrophen sind Störfälle, für die es in diesem Bild wiederum Technologien und Verhaltensweisen gibt, deren Nutzen man sich durch allzu menschliche Reaktionsformen wie Angst, Wut oder Mitleid verbaut (siehe dazu auch WW Nr. 9, Schwerpunkt: Wettdenken für den Krieg).

Perspektiven und Kritik

Vergleichbare Bewegungen gibt es auch im Ausland, insbesondere in Großbritannien und den Niederlanden, wo die entsprechenden Ärzte die „Holländische Krankheit“ zu verstärken sich bemühen. Die Ausgangssituation ist dort mit einer breiten Bewegung gegen NATO-Hochrüstung und Neutronenbombe bis in die Regierung wesentlich günstiger als hier. Aber auch die US-amerikanischen „Physicians for Social Responsibility“, schon vor Jahren von der Australierin Helen Caldicott ins Leben gerufen, erfahren starken Zulauf. Die sowjetische Organisation, deren Vertreter auch in Hamburg auftraten, genießt staatliche Unterstützung und umfaßt zahlreiche Ärzteverbände. Natürlich gibt es auch schon die internationale Dachorganisation, „International Physicians for the Prevention of Nuclear War, Inc.“, die im kommenden Frühjahr in Cambridge, Großbritannien, einen weltweiten Kongreß organisieren will.

Während im Ausland die auf Ärzte eingeschränkte Organisation nicht infragegestellt wird, haben sich bei uns in letzter Zeit einige „Initiativen von Beschäftigten im Gesundheitswesen“ gebildet. Sie berücksichtigen, daß auch nicht-ärztliche Beschäftigte von den Planungen betroffen sind. Ferner ist die Politik der „Ärzte“ prekär: Das historisch sicherlich wirksame politische Renommee dieser Berufsgruppe soll gegen die herrschende Politik eingesetzt werden, ferner das öffentliche Ansehen in die Bevölkerung wirken. Ob sich Standespolitik so ohne weiteres für gänzlich andere als ihre historischen, nämlich ständischen Zwecke einsetzen läßt, scheint zumindest zweifelhaft. Ferner haben weite Teile der Bevölkerung ihr blindes Vertrauen zu Ärzten gerade mühsam abgebaut, entfaltet sich eine breite Kritik an der herrschenden, naturwissenschaftlichen Medizin. Die Warnung aus dem Mund der „Experten für Gesundheit“ könnte ungewollt eine Aufwertung der Weißkittel mit sich ziehen. Die soziale Emanzipation dieser traditionellen Elite ist noch wesentlich weniger entwickelt als die der Naturwissenschaftler und Ingenieure. Dennoch sollte das Beispiel der Ärzte, die eigene Aufrüstung zu thematisieren und dagegen anzukämpfen, auch von anderen Berufsgruppen mit ihrer jeweiligen Liaison zum Kriegsgeschäft diskutiert werden.